

Leitantrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSV-Vorstand

Titel: **Kein Schweigen mehr: Jetzt kämpfen wir für die
Zukunft der beruflichen Bildung – Landtagswahl
2027!**

Antragstext

Das Landesschüler*innenparlament wolle beschließen:

Es wird eine landesweite Kampagne zur Landtagswahl 2027 mit dem Ziel, die Interessen, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der berufsbildenden Schulen sichtbar, wirksam und nachhaltig im politischen Raum zu platzieren, initiiert.

Zur Umsetzung dieser Kampagne wird ein zentrales Kernteam eingesetzt. Dieses Kernteam arbeitet operativ und strategisch an der Konzeption, Koordination und Durchführung der Kampagne.

Hierfür wird eine Stabsstelle „Landtagswahl 2027“ eingerichtet. Diese ist dem Landesvorstand beratend zugeordnet und unterstützt diesen in allen kampagnenbezogenen Fragestellungen.

Die Stabsstelle setzt sich wie folgt zusammen:

- einer*m Stabsstellenleiter*in,**
- einer*m stellvertretenden Stabsstellenleiter*in,**
- sowie weiteren Mitgliedern des Kernteams.**

Die Mitglieder der Stabsstelle werden durch den LSV-Vorstand berufen. Die Stabsstellenleitung berichtet dem LSV-Vorstand ständig und legt, neben einem Bericht auf jeder Sitzung, dem Landesschüler*innenparlament mindestens monatlich einen Bericht über die Arbeit der Stabsstelle vor.

Die Stabsstelle, einschließlich seiner Mitglieder, und die Kampagne, werden auf dem LSP nach den Landtagswahlen 2027 und nach Vorlage eines Abschlussberichtes aufgelöst.

Die Aufgaben der Stabsstelle umfassen insbesondere:

- Entwicklung eines strategischen Kampagnenplans zur Landtagswahl 2027,
- Ausformulierung zentraler bildungspolitischer Forderungen, Interessen und Wünsche der berufsbildenden Schulen,
- Planung und Umsetzung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen (z. B. Veranstaltungen, Social-Media-Kampagnen, Dialogformate),
- Aufbau und Pflege von Kontakten zu politischen Akteur*innen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen,
- frühzeitige Einflussnahme auf Programmprozesse der Parteien,
- Mobilisierung und Einbindung der Schüler*innenschaft der berufsbildenden Schulen.

Das 96. Landesschüler*innenparlament wird damit beauftragt, inhaltliche Schwerpunkte für die Kampagne zu erarbeiten und inhaltlich auszuarbeiten.

Begründung

Die Landtagswahl 2027 in Schleswig-Holstein stellt einen entscheidenden politischen Moment dar, um die Interessen der berufsbildenden Schulen wirksam zu platzieren. Trotz ihrer zentralen Bedeutung für Fachkräftesicherung, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Stabilität erfahren berufsbildende Schulen im politischen Diskurs häufig nicht die notwendige Aufmerksamkeit.

Eine koordinierte, strategisch ausgerichtete Kampagne ermöglicht es:

- die Perspektiven von Schüler*innen beruflicher Bildung sichtbar zu machen,
- konkrete Missstände und Verbesserungspotenziale klar zu benennen,hz

-
- politische Entscheidungsträger:innen frühzeitig zu sensibilisieren,
 - und langfristig strukturelle Verbesserungen zu erreichen.

Insbesondere der frühzeitige Einstieg in die Programmprozesse der Parteien ist entscheidend, um nicht nur reaktiv Forderungen zu stellen, sondern aktiv politische Inhalte mitzugestalten. Ziel ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein zu erreichen.

Die Einrichtung einer eigenen Stabsstelle stellt sicher, dass die Kampagne kontinuierlich, professionell und mit klaren Verantwortlichkeiten umgesetzt wird. Durch die beratende Anbindung an den Landesvorstand wird eine enge Verzahnung mit der politischen Gesamtstrategie gewährleistet, ohne die notwendige operative Flexibilität einzuschränken.

Mit diesem Antrag schafft das Landeschüler*innenparlament die strukturelle Grundlage, um die Interessen der berufsbildenden Schulen kraftvoll, organisiert und nachhaltig in den politischen Prozess zur Landtagswahl 2027 einzubringen.